

Informelle Politik und flexible Institutionen

Eine verfrühte Bilanz der österreichischen »Wende-Politik« nach 2000

Siegfried Mattl

Glauht man dem früheren ÖVP-Klubobmann Andreas Khol, dann hat Österreich im Jahre 2000 nachgeholt, was in Großbritannien, Deutschland, Skandinavien und den USA in den 1980er Jahren geglückt ist: die sogenannte »Wende« vom »sozialdemokratischen Hochsteuerstaat mit ausufernden Sozialsystemen« zum Einstieg in die »Bürgergesellschaft« des neoliberalen Staates.¹ Im Behauptungsdiskurs, der Politikern wohl zugestanden werden muß, führte die »Wende« in diesen Ländern (offenbar im Gegensatz zu Österreich) zur Modernisierung, zu neuem Wohlstand und zur Belebung des erstarrten demokratischen Prozesses.² Auf die neue Regierungskoalition von ÖVP und FPÖ zugeschnitten mündet Khols Manichäismus in folgendes Programm ein: radikale Entstaatlichung der Wirtschaft, konsequente Integration in das westeuropäische militärische Sicherheitssystem und die NATO, Abbau der Staatsschulden, Beschränkung des Staates auf Kernfunktionen, Abbau des Sozialstaates, wirtschaftsfreundliches Steuersystem u.ä.m. Kryptisch allerdings – weil ähnliches nicht Gegenstandes der begründenden tour d'horizon gewesen war – bleibt die abschließende Forderung nach einem »Ende der staatlich finanzierten linken und grünen Kulturhegemonie«.

Andreas Khols Schrift besticht im Vergleich mit sonstigen österreichischen politischen Manifesten durch Kohärenz. Wahrscheinlich wird man bis auf das sozialdemokratische Partciprogramm aus 1978 und dessen logischer Verknüpfung von staatlicher Wohlfahrtspolitik, Wachstumsideologie, sozialem Ausgleich und Demokratisierung zurückgehen müssen, um eine ähnliche »grande narration« der Politik vorzufinden. (Freilich mit umgekehrten Vorzeichen.) Allein: als »Erfinder« der austrifizierten »Wende« wird der nunmehrige erste Präsident des Nationalrats nicht in die Annalen eingehen; und dies nicht nur, weil das Ensemble der Kernargumente (mit Ausnahme der flankierenden »Bürgergesellschaft«) aus dem Pflichtenheft der neoliberalen Deregulierungsphilosophen stammt. Den Begriff der »Wende« haben andere schon lange vor Andreas Khol auf österreichische Verhältnisse angewandt, und sie widersprechen damit ohne eigene Intention der Emphase, mit der letzterer das zunächst von der europäischen Staatengemeinschaft mit Sanktionen belegte Regierungsexperiment beschreibt.

Schon vor einigen Jahren hat der Politikwissenschaftler Herbert Dachs das Jahr 1986 als »Wendejahr« definiert.³ Die äußeren Daten sind hinlänglich bekannt: die Wahl Kurt Waldheims zum Bundespräsidenten am 8. Juni; die Polarisierung rund um die »Lebenslüge« der Zweiten Republik und das Einreiseverbot der amerikanischen Behörden für den österreichischen Präsidenten; der »rechtsnationale«⁴ Umschwung in der FPÖ beim Parteitag im September zugunsten Jörg Haiders;

die darauf folgende Aufkündigung der »kleinen Koalition« durch die SPÖ und die Durchführung von Neuwahlen am 23. November, bei denen die FPÖ ihre Stimmen verdoppelte und die Grünen erstmals ins Parlament einzogen. Dazu kam der Schock über die Milliarden-Verluste der VÖEST-Tochter »Intertrading«⁵ im Zuge von spekulativen Handelsgeschäften, mit denen das Management der Verstaatlichten Industrie an der anhebenden Neuen Ökonomie der deregulierten Finanzmärkte partizipieren wollte. Der Bruch im politischen Gefüge, den Dachs hier ortet, führte mit Rücksicht auf gravierende Budgetprobleme – für die nächsten 5 Jahre prognostizierte man einen Anstieg des Defizits auf 9 % des BIP – und dringliche Strukturreformen im Sektor der öffentlichen Wirtschaft zur »Sanierungspartnerschaft« von SPÖ und ÖVP und in Folge zur raschen Erosion des traditionellen Parteien- und Machtsystems.⁶

Unter Verwendung eines analytischen Begriffs könnte man sagen: unter Franz Vranitzky tastete sich Österreich an die postfordistische Ära heran, an die Liquidierung der sogenannten »Schornsteinindustrien«, die höhere Internationalisierung von Arbeit und Kapital, und die Öffnung zu den transnationalen Finanzmärkten.⁷ An dieser Stelle wird man an Andreas Khol's Beschreibung der »Wende« (international) etwas entscheidendes vermissen, nämlich den Hinweis auf die sozialen Kämpfe, den Untergang der traditionellen Arbeiterbewegung und die Bildung einer neuen Machtkonstellation in den militanten Auseinandersetzungen der 1970er und frühen 80er Jahre. Die österreichische Ausgangslage war hier durch die Hegemonie eines »Technokorporatismus«⁸ vergleichsweise paradox: die Repräsentanten ökonomisch-politischer Macht mußten sich gewärtig sein, mit der Forcierung transnationaler Marktinstrumente ihre eigenen Legitimationsgrundlagen, vor allem die Koordinierungsfähigkeit von gesamtwirtschaftlichen Zielen und Gruppenverhalten, mit aufzuheben; und dies unter den Vorzeichen einer Auflösung der politisch-sozialen Verpflichtungssysteme, auf denen das österreichische Zweiparteien-System aufgebaut hat. Vielleicht ist hier die Ursache für die plötzliche und gleichzeitige Zuneigung der beiden Großparteien zur sich formierenden Europäischen Union zu finden: die potentielle Delegation von Entscheidungen an die künftigen EU-Gremien versprach, beide Parteien zu gleichen Teilen von der unmittelbaren Verantwortung für unpopuläre Maßnahmen zu entlasten.⁹ Beide konnten sich sozusagen als »österreichische« Lobbies neu konstituieren und ihre künftige Politik als Moderation des Integrationsprozesses definieren. Das Abkommen von Maastricht vom 10. Dezember 1991 über die europäische Wirtschafts- und Währungsunion nimmt sich unter dieser Perspektive als Geniestreich aus. Seine Metakriterien – Senkung der Haushaltsdefizite auf höchstens 3 %, Abbau der Staatsschulden auf maximal 60 %, Stabilisierung der Inflationsrate bei höchstens 1,5 % und europaweite Homogenisierung des Zinsniveaus – entkleideten die effektuierten gesellschaftspolitischen Strukturreformen (soziale Sicherheit, Recht auf Arbeit, öffentliche Versorgungspflicht) scheinbar ihres Werte- und Machtcharakters und machen sie als neutrale technische Alternativen verhandelbar.

Den Einstieg in die evolutionäre Wende bildete das Gesetz über die ÖIAG 1993, stellten doch die Zuschüsse an die verstaatlichten Unternehmungen eine dauerhafte Belastung des Budgets dar. Die Dachgesellschaft der verstaatlichten Industriebetriebe wurde darin mit der Privatisierung der Unternehmen beauftragt, für

die allerdings gesamtwirtschaftliche Aspekte (wie die Absicherung der österreichischen Standorte und Headquarters sowie Beschäftigungseffekte) zu berücksichtigen waren. Die Privatisierungserlöse dienten der Rückzahlung der Schulden der ÖIAG (die u.a. auch auf Disaster wie jenes der AMAG¹⁰ zurückgingen). 1997 war die Mehrheit der Konzerne verkauft, wobei die ÖIAG allerdings strategische Anteile am Aktienkapital behielt.¹¹ 1998 erfolgte der Verkauf der Österreichischen Salinen und der Teilverkauf der ATW. 1997 begann mit der Privatisierung der Creditanstalt (samt Konzernbetrieben) auch der Rückzug aus der Finanzwirtschaft.¹² Auch die Ausgliederung von Bundes-, Landes- und Gemeindeunternehmen, die sich mit einer finanztechnischen Bestimmung des Maastricht-Abkommens legitimiert¹³, ist – exemplarisch wären die Wiener Stadtwerke und die Bundesgebäudeverwaltung zu nennen – vorangetrieben worden.

Im Grunde – und im Gegensatz zu den Beschwörungen einer sozialdemokratischen fröhlichen Schuldenpolitik – griffen in den 90er Jahren auch die Maßnahmen zum Abbau der Finanzschulden und zur Reduktion des Budgetdefizits, wenngleich zuletzt nicht in jenem Ausmaß wie in den anderen Ländern der EU und um den Preis einer weiter steigenden Steuerquote.¹⁴ Nicht aufgegangen sind hingegen die Vorstellungen, die Wiener Börse zu einem strategischen Instrument beim Aufbau einer share-holder Gesellschaft zu machen; doch dafür wird eher die Geschäftstradition der österreichischen Universalbanken verantwortlich gemacht.¹⁵

Die »Wende« war also längst unterwegs. Aus einer grundsätzlichen Richtungsbestimmung heraus hätte es nicht des Wechsels zur ÖVP/ FPÖ-Koalition bedurft, den Andreas Khol ex post als Entscheidung für eine gesellschaftspolitische Alternative ideologisiert. Allerdings ist ihm darin recht zu geben, daß die Bearbeitung der sekundären Effekte des neoliberalen Programms – die Delegation der sozialen Risiken an die Individuen, die ökonomische Recodierung des staatlich regulierten Kultur- und Mediensystems, die marktförmige Restrukturierung der öffentlichen Dienste – von der Großen Koalition nicht im selben Ausmaß und Tempo betrieben worden ist, wie die Restrukturierung der Eigentumsverhältnisse. Mit anderen Worten: die Adaptierung der Sozialen Sicherung (Pensionssystem, Gesundheitssystem) ebenso wie die der staatlichen Verwaltung (Personalaufwand, Autonomisierung) und der öffentlichen Infrastruktur (ÖBB) an das vorgegebene Ziel eines »schlanken« Staates und einer erheblich reduzierten Staatsquote verlief nicht konsensual. Haben zwei Jahre ÖVP-FPÖ-Regierung diese Blockade beseitigt? In der Bilanz stehen verständlicherweise die in der Zwischenzeit eingestandenen strukturellen Fehlentscheidungen ganz vorne, wie die Einführung des Selbstbehaltes beim Besuch von Ambulatorien und die Besteuerung der Unfallrenten; dazu die OGH-Entscheidung, mit der die Abschaffung der vorzeitigen Alterspension wegen geminderter Erwerbsfähigkeit als nicht EU-konform aufgehoben wurde. In der Folge dominieren die einnahmeseitigen und sozial fragwürdige Maßnahmen die »Wende«-Bilanz, wie der Aufhebung der kostenlosen Mitversicherung für Ehepartner ohne Kinder bzw. Betreuungsverpflichtungen, die Anhebung der Rezept- und Krankenscheingebühren, die Kürzung des Arbeitslosengeldes für alleinverdienende Mütter und die Einführung von Studiengebühren. Die »Abfertigung neu«, mit der betriebliche Pensionsfonds geschaffen wurden, begründete sich mit unrealistischen Annahmen (6 % langfristige Verzinsung); die Veranlagung von Pensionsrücklagen am Finanzmarkt wurde über-

dies durch den Enron-Skandal nicht gerade populärer. Lediglich mit der Anhebung des Pensionsantrittsalters und der progressiven Kürzung der Pensionshöhe ist ein Ansatz zur Strukturreform erfolgt. Die beschleunigte Privatisierung erwies sich im Fall der Telekom-Aktien als verhängnisvoll, die angekündigte Aufstockung der Forschungsförderungsmittel ist mittlerweile um ein weiteres Jahr auf 2006 verschoben. Selbst das Herzstück der schwarz-blauen Koalition, das Nulldefizit, entpuppt sich als Chimäre und muß für 2002 nach Einspruch der EU-Behörden auf wahrscheinlich knapp unter 2 Prozent korrigiert werden. Dazu kommt noch die Erhöhung der Steuerquote, die vom Eckpfeiler des selbstverordneten Programms zur Harmonisierung der europäischen Steuerpolitik entschieden wegführt. Stellt man in Rechnung, daß ein maßgeblicher Teil der angepeilten Defizit-Reduktion – ca. 30 von 100 Mrd. ATS – von den Ländern und Gemeinden getragen wurde, die bei dynamisch wachsenden Aufgaben auf ihren Anteil an den höheren Steuereinnahmen verzichtet haben, dann zerstäubt die »geglückte Wende« in alle Himmelsrichtungen. (Die ersten »Testwahlen«, wie die burgenländischen Landtagswahlen, mündeten denn auch unmittelbar in eine Krise der »Wende«-Regierung.)¹⁶

Wo also bezieht Andreas Khol seine Überzeugung von den Segnungen der »Wende« her? Regierung-Wallfahrt nach Mariazell hin oder her – die ÖVP-Repräsentanten der »Wende« sind Konvertiten, oder mehr noch: sie sind Agnostiker geworden und haben ihr »christliches« Welt- und Menschenbild gegen den Skeptizismus und Relativismus der amerikanischen Kommunitaristen eingetauscht. Mit John Rawls¹⁷ plädieren sie gegen die hartnäckige Vorstellung von sozialer Gleichheit und für deren Substitution durch »Gerechtigkeit als Fairneß«. Im Klartext und austrifiziert formuliert: politische Regeln müßten so konstruiert sein, daß sie die individuelle Bereicherung nicht beschränkten; denn erst auf dieser Grundlage entstünde soziales Verantwortungsbewußtsein (als individueller Akt und wechselseitiges Verhältnis von »arm« und »reich«).¹⁸ Zugleich mit der scheinbaren Rückcrstattung von Kompetenz durch den Staat an »die« Gesellschaft entzieht man der Politik die Aufgabe, soziale Differenzen (wie Klasse, Ethnie, oder Geschlecht) darzustellen und zu verhandeln. Der Wechsel von »Verpflichtung« zu »Toleranz«, der die Propagandisten der »Bürgergesellschaft« so »trendy« erscheinen läßt, führt dann nicht zum »Respekt« vor dem »Anderen«, sondern bloß zu dessen Ignorierung und zur Privatisierung der Risiken.¹⁹

Die »Bürgergesellschaft« als neoliberales politisches Modell entwickelt zweifelsohne Charme. Das Versprechen eines »schlanken Staates« reagiert auf einen fundamentalen zivilisatorischen Wechsels, der – basierender auf der Informatisierung der Gesellschaft und der verallgemeinerten Popularkultur – mehr individuelle Freiheiten und Selbstbestimmungsmöglichkeiten mit sich bringt.²⁰ Als Ideologie unterschlägt die Rede von der »Bürgergesellschaft« indes den impliziten Machtcharakter der Informationsgesellschaft (oder wie immer man das neue Modell bezeichnen will); sie unterschlägt die Tendenz zur Zentralisation von Wissen, zur Abhängigkeit von globalen Finanzmarktmanipulationen, zur Aufspaltung in informationelle und marginale Sektoren, zur De-Territorialisierung der »lokalen Gemeinschaften«, auf die sich die Advokaten der »Bürgergesellschaft« zu Unrecht berufen.²¹ Daß es sich bei diesem Modell um eine Selbstbescheidung der Politik handelte, um den Rückzug auf die Rolle eines »Moderators« gesellschaftlicher

Differenzen, das bleibt ohnehin fragwürdig. Eher läßt sich – jedenfalls in Europa – eine Rückkehr von Souveränitäts-Stilen und des politischen Denkens in Freund-Feind-Beziehungen beobachten, das sich mit den Phänomenen des Neopopulismus verbindet. Die ÖVP-FPÖ-Regierungsbildung des Jahres 2000 ist in dieser Hinsicht international als besonders markant und als bedrohliches Beispiel empfunden worden. Die Frage ist, ob zurecht.

Die soziale und ökonomische »success story« der Zweiten Republik wurde abgesichert durch einen vorparlamentarischen Konsens von klassenbasierten Technobürokratien, deren politisches Steuerungspotential bis auf die Ebene der Biografien (Arbeitsplätze, Avancements, Bildungsangebote, sonstige Vergünstigungen) durchschlug. Mit dem Niedergang der Produktions- und Marktbedingungen hochregulierter nationaler Ökonomien setzt auch die Krise des Korporatismus ein. Von 1986, um Herbert Dachs' »Wendejahr« nochmals aufzugreifen, bis 1999 fiel der gemeinsame Stimmenanteil der beiden Großparteien von 93 auf 60 Prozent und machte einem plurifizierten 3 + 2-System Platz.²² Politikwissenschaftler sprechen in diesem Zusammenhang von einer kontinuierlichen Verschiebung des klassengebundenen politischen Verhaltens hin zu alters-, geschlechts- und kulturbestimmten Mustern und vom Abbruch der Loyalitätsbeziehungen gegenüber den mit dem Korporatismus verbundenen Parteien insbesondere in solchen Regionen, die einen Wechsel zur Dienstleistungsökonomie (mit hohen Qualifikationsanforderungen) durchschritten haben.²³ Im Aufstieg der FPÖ, der zum Symptom des Verfalls herkömmlicher institutioneller Politik wurde, verknüpften sich auf paradoxe Weise Ressentiments von traditionell »garantierten« Gruppen gegen die Schwächung der Schutzfunktionen der Sozialpartnerschaft mit den Deregulierungsinteressen von Gruppen, die sich an der Neuen Ökonomie orientierten; paradox deshalb, weil der Österreich-Nationalismus, der die FPÖ sogar zu ihrem Anti-EU-Kurs und zu den unrühmlichen Anti-Ausländer-Wahlkämpfen führte, den Interessen der Globalisierungs-Anhänger widersprechen mußte, während der Anti-Soziale-Kurs, der mit den Attacken auf die Systeme sozialer Sicherung fundamementiert wurde, den Status der »Garantierten« infrage stellte. Tatsächlich gab es, wie Andreas Khol konstatiert, eine Dauerkrise der SPÖ/ÖVP-Koalition, aber weniger deshalb, weil die SPÖ den neoliberalen Kurs nicht mitzutragen bereit gewesen wäre, sondern eher, weil sich nach der zuvor genannten Delegation der »Wende« an die Entscheidungszentren der Europäischen Union kein eigenständiges politisches Projekt mehr formulieren ließ. Ein Begleitumstand – oder vielleicht auch ein unmittelbarer Ausdruck dessen – war die Aufwertung der bürokratischen und der funktionalen Expertise bei der Adaptierung an den europäischen Integrationsprozeß, womit die Regierung nochmals »leadership« einbüßte.²⁴

Neoliberale Politik favorisiert die Codes der Wirtschaft und treibt damit ihre eigene Entmachtung unaufhaltsam voran. Politik wird zu einem »tun, als ob«, zur medialen Simulierung von Handlungsfähigkeit. Abhängig von der Wirksamkeit symbolischer Gesten liefert sie sich der Aktualität arbiträrer öffentlicher Themen aus; das kann auch das falsche Paar Stiefel beim Hochwassereinsatz sein. Als populärkulturelles Phänomen wird Politik selbst zur Quelle von Instabilität. Über diese Perspektive kommt man möglicherweise zu einer schärferen Beurteilung, was der Wechsel von 2000 langfristig bedeutet. Die nicht mehr oder erst auf lange Sicht

umkehrbaren Veränderungen im Sinne der »Wende« betreffen, wie wir gesehen haben, nicht die gesellschaftspolitischen Felder (wie das Sozialsystem, die Bildung und Forschung usw.), sondern die personellen Machtgeflechte und den Stil der Politik. Was der ÖVP/FPÖ-Regierung tatsächlich gelungen ist, das ist der Austausch der Eliten – im Bereich der öffentlich beeinflussten Wirtschaft durch die Eliminierung der bisherigen Manager²⁵; im Bereich des Sozialversicherungssystems durch die Ablöse der von den Sozialpartnern im Konsens gewählten Delegierten; in Justiz und Polizei durch innerinstitutionelle Reformen, die personelle Umbesetzungen in Schlüsselpositionen ermöglichten; an den Universitäten mit der Installierung notorischer Figuren rechtsnationalistischer Männerbünde als politische Kontrollleure. Das markante an diesem Austauschprozeß ist, daß die neuen Eliten nicht länger ein wie kompliziert auch immer konstruiertes gesellschaftliches Repräsentationsgebot erfüllen, sondern auf der Basis informeller politischer Cliquen rekrutiert werden; und weiters, daß dieses Verfahren auf keinen (oder keinen ausreichenden) öffentlichen Widerstand gestoßen ist, sondern gerade umgekehrt als Vorleistung auf die Ökonomisierung von gesellschaftlichen Feldern, die traditioneller Auffassung nach der Ausverhandlung divergierender Interessen dienen sollten, öffentliche Unterstützung erlangt hat. So werden die oben genannten Institutionen »flexibel« gemacht.

Andreas Khol deutet an manchen Stellen seines Buches eine Fraktionsbildung zwischen den Nur-Politikern und den Interessensverbänden in der ÖVP an, die sich bereits in den späten 1980er Jahren um die gegensätzliche Haltung zur FPÖ organisiert hat. Mit der Informellisierung der Elitenpolitik hat sich die Fraktion der Nur-Politiker durchgesetzt. Zur Abrundung fehlt allerdings noch das Instrumentarium für die eingangs zitierte »Kulturhegemonie«. Einen ersten Versuch hat es immerhin gegeben: Im Zuge des parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Causa »Euroteam« wurden 2001/02 in kalkülhafter Erweiterung von dessen Aufgabenstellung nicht weniger als 250 vom Sozial- bzw. Gesundheitsministerium zwischen 1995 und 1999 finanziell geförderte Kulturvereine und -projekte vorgeladen und auf ihr gesellschaftspolitisches oppositionelles Profil hin »geprüft«. Die Art und Weise der Befragungen, inklusive der selektiven Medieninformation über die Ergebnisse, haben die Zeitschrift »kulturrisse« bewogen, von einem »McCarthy«-Syndrom zu sprechen.²⁶ Zugleich erhalten rechtsnationalistische Vereine wie das »Haus der Heimat« massive öffentliche Subventionen. Politik in der klassischen, machiavellistischen Form. Es gibt wenige schönere Beispiele für die Aporien des postmodernen Liberalismus und seines Versprechens der Koexistenz von sich selbst beschränkendem Staat und Bürgergesellschaft.

Anmerkungen

- 1 Andreas Khol: Die Wende ist geglückt. Der schwarz-blaue Marsch durch die Wüste Gobi, Wien 2001, S.21
- 2 vgl. dagegen Göran Therborn: European Modernity and Beyond. The Trajectory of European Societies 1945 – 2000, London u.a. 1995, der den bemerkenswert gleichförmigen Prozeß der Modernisierung in Europa beschreibt, allerdings den Aufholprozeß einzelner Länder – darunter vor allen anderen Österreichs! – markiert.
- 3 Herbert Dachs: Von der »Sanierungspartnerschaft« zur konfliktgeladenen Unübersichtlichkeit, in:

- Reinhard Sieder/ Heinz Steincrt/ Emmerich Tálos (Hg.): Österreich 1945 – 1995. Gesellschaft Politik Kultur, Wien 1995, S.290ff
- 4 Dachs, a.a.O., S.291
 - 5 dasselbe passierte beim Chemie-Linz-Unternehmen »Merx«; der notwendigen Sanierung durch Staatskredite folgte die politische Entscheidung zur langfristigen Trennung des Staates von seinen Industriebeteiligungen. Vgl. Klaus Grubelnik: Der Zweite Anschluß. Deutschlands Griff nach Österreichs Wirtschaft, Wien 2000, S.243f
 - 6 vgl. Volkmar Lauber: Wirtschafts- und Finanzpolitik, in: Herbert Dachs u.a. (Hg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs, Wien 1991, S.509
 - 7 diese Aufzählung erfaßt natürlich nur einige Aspekte des »Postfordismus«; wichtig scheint mir nur die Andeutung des inneren Zusammenhangs von flexiblen Produktionsformen, neuer technischer Maschinerie, transnationalen Kapitalbeziehungen und sozialer Deregulierung; vgl. auch: Marco Revelli: Die gesellschaftliche Linke. Jenseits der Zivilisation des Arbeit, Münster 1999, ins. S.40ff
 - 8 zum Begriff vgl. Bernd Marin: Die paritätische Kommission. Aufgeklärter Technokorporatismus in Österreich, Wien 1982
 - 9 Der damalige Zentralsekretär der SPÖ Josef Cap hat es damals übernommen, das Ende des »österreichischen Weges« eines nationalen Akkumulationsmodells zu konstatieren und die künftige Rolle der SPÖ als diejenige einer »linken Volkspartei« im Rahmen eines Europäisierungsprozesses zu definieren; er führte dafür die zunehmende Abhängigkeit von internationalen Kapitalbewegungen, aber auch den Erosionsprozeß der Arbeitsgesellschaft ins Treffen, der seiner Auffassung nach eine soziale, kulturelle und politische Pluralisierung («Neue Soziale Bewegungen») eingeleitet hatte. Vgl. Josef Cap: Sozialdemokratie im Wandel, in: Erich Fröschl u.a. (Hg.): Die Bewegung. Hundert Jahre Sozialdemokratie in Österreich, Wien 1990, insb. S.588/89
 - 10 durch verfehlte Internationalisierungsstrategien hatte der staatliche Aluminium-Produzent 13 Milliarden ATS Verlust eingefahren; vgl. Grubelnik, a.a.O., S.244
 - 11 Karl Aiginger: Privatisierung in Österreich, in: Österreichisches Jahrbuch für Politik '96, Oldenburg 1997, S.353
 - 12 Zum Ärgernis der ÖVP, die darin eher eine Kommunalisierung denn eine Privatisierung erblickte, erhielt die Bank Austria den Zuschlag; allerdings erst nach einer politischen Vereinbarung, wonach sich die Stadt Wien bis auf unter 20 Prozent der Stimmrechtsanteile (via AVZ und Wiener Holding) aus der Bank Austria zurückzuziehen hatte, die Bundesanteile an der Bank Austria an Dritte verkauft werden mußten, die CA-Anteile an Investkredit und Kontrollbank abzugegeben waren und andere (insgesamt 17) Punkte mehr. Vgl. Kurt Pribil: Bankenprivatisierung in Österreich. Was wurde aus dem 17-Punkte Programm?, in: Österreichisches Jahrbuch für Politik '97, Oldenburg 1998, insb. S.741ff
 - 13 vgl. Aiginger, Privatisierung, S.357; danach sind Schulden von Unternehmungen, die sich zu 50% aus den eigenen Einnahmen finanzieren können, aus dem Schuldenkriterium ausgenommen
 - 14 vgl. Gerhard Lehner: Der Reformdialog und sein Ziel. Das Ende der Neuverschuldung des Staates, in: Österreichisches Jahrbuch für Politik 2000, Oldenburg 2001, S.128ff
 - 15 vgl. Claus J. Raidl: Im Dormröschenschlaf: die Wiener Börse, in: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1998, Oldenburg 1999, S.385ff
 - 16 vgl. Wolfgang Böhm/ Otmar Lahodynsky: Der Österreich-Komplex. Ein Land im Selbstzweifel, Wien/ Köln/ Weimar 2001, insb.S.29
 - 17 vgl. John Rawls: Politische Liberalismus, Frankfurt/M. 1998, insb. S.382
 - 18 vgl. Clemens Martin Auer: Verlorene Mitte, in: Wiener Journal, Nr.261/ 2002, S.8f; Auer ist Leiter der Hauptabteilung Politik in der Bundespartei der ÖVP
 - 19 Antonio Negri/ Michael Hardt: Die Arbeit des Dionisos. Materialistische Staatskritik in der Postmoderne, Berlin/ Amsterdam 1997, insb. S.70ff
 - 20 vgl. Hans-Martin Schönherr-Mann: Politischer Liberalismus in der Postmoderne, München 2000
 - 21 vgl. Manuel Castells: Das Informationszeitalter I. Die Netzwerkgesellschaft, Opladen 2001
 - 22 1994 war die FPÖ bereits auf 22,5 gegen 27,2 % der ÖVP herankommen; die Grünen erreichten 7,3 %, das erstmals kandidierende LIF 6%
 - 23 vgl. Fritz Plasser/ Peter A. Ulrain/ Franz Sommer: Nationalratswahl 1999: Transformationen des österreichischen Wahlverhaltens, in: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1998, Oldenburg 1999, insb. S.76f, S.85

- 24 ich muß an dieser Stelle die dramatischen politischen Krisenmomente in Zusammenhang mit der Briefbomben-Affäre, die nicht zuletzt wegen des folgenlosen Bekenntnisses des ranghöchsten Sicherheitsbeamten, gegen den zuständigen Minister gearbeitet zu haben, zum Erosionsprozeß der Großen Koalition beigetragen hat, ebenso übergehen wie die Affäre Omofuma und die »Spitzelaffäre« wegen der Focussierung auf die langfristigen Veränderungstrends übergehen.
- 25 Vgl. zu den Vorgängen in der ÖIAG und der bestimmenden Rolle von Netzwerken um den FPÖ-Unternehmer-Politiker Prinzhorn profil, Nr.52/1/ 23.12.2000, S.50ff und 52A/1/ 21.12.2001, S.12; generell: Gerfried Sperl: Der Machtwechsel. Österreichs politische Krise zu Beginn des 3. Jahrtausends, Wien 2000, S.142ff
- 26 vgl. Karl Parks: McCarthyismus auf österreichisch. Der Realitätsverlust der ÖVP in der Euroteam-Affäre, in: Kulturrisse, Nr.4/2002

Literatur

- Böhm, Wolfgang/Otmar Lahodynsky (2001): Der Österreich-Komplex. Ein Land im Selbstzweifel, Wien/ Köln/ Weimar
- Castells, Manuel (2001): Das Informationszeitalter I. Die Netzwerkgsgesellschaft, Opladen
- Dachs, Herbert u.a. (Hg., 1991): Handbuch des politischen Systems Österreichs, Wien
- Fröschl, Erich u.a. (Hg., 1990): Die Bewegung. Hundert Jahre Sozialdemokratie in Österreich, Wien
- Grubelnik, Klaus (2000): Der Zweite Anschluß. Deutschlands Griff nach Österreichs Wirtschaft, Wien
- Khol, Andreas (2001): Die Wende ist geglückt. Der schwarz-blaue Marsch durch die Wüste Gobi, Wien
- Marin, Bernd (1982): Die paritätische Kommission. Aufgeklärter Technokorporatismus in Österreich, Wien
- Negri, Antonio/ Michael Hardt (1997): Die Arbeit des Dionisos. Materialistische Staatskritik in der Postmoderne, Berlin/ Amsterdam
- Parks, Karl (2002): McCarthyismus auf österreichisch. Der Realitätsverlust der ÖVP in der Euroteam-Affäre, in: Kulturrisse, Nr.4/2002
- Rawls, John (1998): Politische Liberalismus, Frankfurt/M.
- Revelli, Marco (1999): Die gesellschaftliche Linke. Jenseits der Zivilisation des Arbeit, Münster
- Schönherr-Mann, Hans-Martin (2000): Politischer Liberalismus in der Postmoderne, München
- Sieder, Reinhard/ Heinz Steinert/ Emmerich Tálos (Hg., 1995): Österreich 1945 – 1995. Gesellschaft Politik Kultur, Wien
- Sperl, Gerfried (2000): Der Machtwechsel. Österreichs politische Krise zu Beginn des 3. Jahrtausends, Wien
- Therborn, Göran (1995): European Modernity and Beyond. The Trajectory of European Societies 1945 – 2000, London u.a.